

## **Pressemitteilung der Fraktion Bürger für Vorpommern-Rügen / Freie Wähler / Für Rügen im Kreistag Vorpommern-Rügen (BVR/FW/FR)**

### **Millionenprojekt mit schweren Mängeln: Neue Seebrücke in Prerow unbrauchbar für die Seenotrettung**

Prerow – Die neue Seebrücke im Ostseebad Prerow, deren Bau über 46 Millionen Euro kostete, wurde kürzlich mit großem Pomp von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern eröffnet. Doch die Ernüchterung folgte prompt: Der Seenotrettungskreuzer der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) kann hier nicht anlegen. Ein unhaltbarer Zustand, wie die Fraktion Bürger für Vorpommern-Rügen / Freie Wähler / Für Rügen im Kreistag Vorpommern-Rügen (BVR/FW/FR) kritisiert, zumal die Problematik bereits während der Planung bekannt war, jedoch von der Landesregierung heruntergespielt und schließlich ignoriert wurde.

„Es ist schwer nachvollziehbar, dass ein Projekt dieser Größenordnung wesentliche Sicherheitsanforderungen außer Acht lässt. Die DGzRS leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherheit auf der Ostsee. Dass ihr Rettungskreuzer hier nicht anlegen kann, ist nicht nur enttäuschend, sondern schlicht ein Planungsversagen“, erklärt Mathias Löttge, Fraktionsvorsitzender der BVR/FW/FR im Kreistag Vorpommern-Rügen.

Auch die verspätete Eröffnung der Seebrücke belastete die Region bereits spürbar: Erst gegen Ende der Sommersaison konnte die Brücke in Betrieb gehen, was die wirtschaftlichen Erwartungen der ansässigen Unternehmen enttäuschte und aus touristischer Sicht inakzeptabel war.

„Die Menschen und Betriebe in Prerow haben lange auf diese Seebrücke gewartet und hatten zurecht hohe Erwartungen“, fügt Holger Gutzmann, Kreistagsmitglied der BVR/FW/FR, hinzu. „Dass jetzt noch zusätzliche Kosten für notwendige Anpassungen entstehen und bislang ungeklärt ist, wie diese finanziert werden sollen, ist ein weiterer Tiefschlag. Die DGzRS und die Gemeinde Prerow dürfen keinesfalls auf diesen Mehrkosten sitzenbleiben.“

Die Fraktion BVR/FW/FR fordert daher die Landesregierung auf, umgehend eine Lösung herbeizuführen und sowohl sicherheitstechnische als auch wirtschaftliche Aspekte künftig verantwortungsvoller zu berücksichtigen. Angesichts der erheblichen Steuermittel, die bereits in das Projekt geflossen sind, sei ein weiterer unbedachter Umgang mit öffentlichen Geldern nicht hinnehmbar.

gez Mathias Löttge Fraktion BVR/FW/FR im Kreistag Vorpommern-Rügen  
Hafenstraße 12, 18356 Barth

